

A propos de la votation sur la caisse publique

Votation sur la caisse publique: contributions dans le BMS

Lors de la Chambre médicale du 8 mai dernier, la FMH a décidé de laisser la liberté de vote en vue de la votation populaire fédérale «Pour une caisse publique d'assurance-maladie». Elle a également publié un éditorial ainsi qu'un argumentaire à ce sujet. Dans ce contexte, la rédaction ne sollicitera pas activement de nouveaux articles sur ce thème. En revanche, le débat reste ouvert pour toutes celles et ceux qui le souhaitent. Selon le nombre d'envois, elle se réserve le droit d'opérer une sélection – aussi représentative que possible – sachant que la place à disposition dans ses colonnes est limitée.

Dr Bruno Kesseli, rédacteur en chef

Auch als liberal gesinnter Arzt sollte man die Initiative unterstützen

Die Meinungen zur Initiative für eine öffentliche Krankenkasse sind bekanntlich auch unter uns Ärzten/-innen geteilt. Das häufigste Argument gegen das Volksbegehren hält einer kritischen Prüfung allerdings nicht stand: Die Befürchtung, man sei als «Leistungserbringer» bei der Einheitskasse einem mächtigen Monopolisten ausgeliefert, ist zwar nicht ganz aus der Luft gegriffen. Aber wie viel stärker wird man in wenigen Jahren und nach einer weiteren Konzentration der Kassen den übrig gebliebenen privaten Monopolisten ausgeliefert sein, welche niemanden als sich selbst Rechenschaft schulden – im Gegensatz zur paritätisch geführten öffentlichen Kasse, wie sie von der Initiative gefordert wird. Die Annahme, dass wir mit (teuer) konkurrierenden Kassen, welche medizinisch ja nichts produzieren und nur an kurzfristig «guten Zahlen» für den Leistungseinkauf interessiert sind, bessere Verträge aushandeln können als mit einer nationalen Kasse, welche ein langfristiges Interesse an guter Medizin hat, erscheint reichlich blauäugig! Es

ist wohl eher die Verführungskraft der magischen Worte «Markt» und «Wettbewerb», die den Abstimmungskampf auf bürgerlicher Seite reflexartig beherrscht. Denn auch als liberal gesinnter Arzt sollte man die Initiative diesmal unterstützen, da die öffentliche Kasse uns «Leistungserbringer» mit Sicherheit weniger knebeln würde als es die privaten Kassen heute schon tun, indem sie uns – ganz offiziell mit dem Segen der «Gesundheitspolitiker» – zunehmend nur noch als abhängige Zubringer von «Leistungen» betrachten, welche sie dann nach Gutdünken nach eigenem Gusto vermarkten können. Warum sollen wir denn nicht eine einheitliche Krankenkasse für die ohnehin obligatorische Grundversicherung unterstützen, welche – bei einem zu verschlankenden Leistungskatalog – von allen Beteiligten vernünftig verantwortet wird? Wenn das – übrigens – sozialistisch sein soll, dann ist die Schweiz seit 1291 sozialistisch!

Dr. med. Matthias Neuenschwander, Bern

Einheitskasse: eine Frage der Generation und des Geschlechts?

Die grossen Vereinigungen der Ärzteschaft konnten sich bekanntlich nicht zu einem Ja zur Einheitskasse durchringen. Hingegen stehen der Verband der Assistenz- und Oberärzte (VSAO) und die Vereinigungen der Hebammen, der Pflegenden und der Physiotherapeuten hinter der Initiative für eine öffentliche Krankenkasse. In all diesen Verbänden sind Fachkräfte vertreten, die in ihrem beruflichen Alltag eine grosse Nähe zu den Patienten haben. Und es sind Fachkräfte, die folgende Gemeinsamkeiten aufweisen: Sie sind tendenziell jung und der Anteil an Frauen ist hoch. Sie werden die entscheidenden Akteure im Gesundheitswesen der Zukunft sein. Sie haben sich für die Einheitskasse entschieden. Das ist für mich mit ein Grund, am 28. September ein Ja in die Urne zu legen.

Dr. med. Felix Schürch, Zürich